

Landtag soll mitreden dürfen

Auch wenn der Flughafen verkauft wird, werden weiter Steuergelder in Millionenhöhe in den Hahn fließen. Ministerpräsidentin Dreyer kündigte an, dass der Landtag darüber mitentscheiden soll.



Der Hahn bleibt auch nach seinem Verkauf ein Zuschussgeschäft

In ihrer Regierungserklärung am Mittwoch sagte Malu Dreyer (SPD), dass sie das Innenministerium beauftragt habe, die Verkaufsverhandlungen über den Flughafen zum Ende zu bringen. Danach werde das Parlament gefragt. "Wir werden deshalb, aus Gründen maximaler Transparenz, ein Hahn-Veräußerungsgesetz einbringen."

Wie das rheinland-pfälzische Innenministerium mitteilte, könnten in Absprache mit der EU-Kommission und dem Käufer Betriebsbeihilfen fließen. An Investitionsbeihilfen seien zudem bis zu 22,6 Millionen Euro zulässig, aber nur als maximal 50-prozentiger Zuschuss zu Investitionen des Käufers. Außerdem könne das Land jedes Jahr Sicherheitskosten von bis zu drei Millionen Euro wie zum Beispiel für den Brandschutz übernehmen.

Der Airport Hahn gehört zu 82,5 Prozent Rheinland-Pfalz und zu 17,5 Prozent Hessen. Dessen Finanzministerium in Wiesbaden teilte mit, Hessen helfe dem Hunsrück-Flughafen gemäß einer Vereinbarung mit Rheinland-Pfalz weder jetzt noch künftig mit Steuergeld.

Der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) hatte kürzlich gesagt, man sei bei den Verhandlungen mit einem Bieter auf der Zielgeraden. Interesse am Kauf besteht aus China. Der Verkauf wird von der Beratungsgesellschaft KPMG organisiert. Das Honorar für sie dürfte sich am Schluss auf insgesamt mehr als eine Million Euro belaufen. Das geht aus einer Aufstellung des Innenministeriums hervor.